



Positionspapier
zur Zukunft der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn)

**Stellungnahme zur Neuordnung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
(ZAG-Organisationsgesetz)**

Eine Reform wurde nötig, weil das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in den Jobcentern für unzulässig und damit für verfassungswidrig erklärt hatte.

Jetzt liegt ein Gesetzentwurf auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen Bund und Ländern vor. Kern der Einigung: Es bleibt bei der Betreuung und der Gewährung der Hilfen und Leistungen aus einer Hand.

Aus unserer Sicht ist mit dem Gesetzentwurf keine Reform gelungen, sondern die „Verwaltung“ der Leistungsempfänger wird manifestiert.

Nach unserer Ansicht, hat sich die Politik bei dem Gesetzentwurf offenkundig nicht von Sachargumenten für die Belange der Ratsuchenden sowie Beschäftigten leiten lassen, sondern agiert interessenorientiert im Sinne von Einflussmöglichkeiten der Ministerialbürokratie.

Erneut liegt ein Gesetzentwurf vor, in dem zu viele Unzulänglichkeiten enthalten sind.

So soll nicht eine bundesweite Anstalt des öffentlichen Rechts mit gebildet werden, sondern 370 Anstalten des öffentlichen Rechts als eigenständiges „Zentrum für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) mit eigenem Personalkörper.

Die Rechtsaufsicht für die Anstalten soll beim BMAS liegen.

Wie aber soll so eine einheitliche Rechtsanwendung im Sinne der Ratsuchenden in allen 370 ZAG sicher gestellt werden?

Eine gleichwertige Leistungsgewährung bundesweit wird damit unmöglich. Das bedeutet für die Leistungsempfänger nach SGB II weiterhin eine Diskriminierung und wird in keiner Weise dem grundgesetzlichen Auftrag gerecht, einheitliche Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Die Trennung in zwei Rechtskreise wird mit der Schaffung einer eigenen SGB II-Verwaltung dauerhaft vollzogen. Schon jetzt wirkt die Trennung in zwei Rechtskreise selektiv und ist häufig mit sozialer Ausgrenzung der Betroffenen verbunden.

Im Gesetz soll der Betreuungsschlüssel festgelegt werden und wird dadurch neu definiert, dass in die Personalbemessung auch nicht am Beratungs- und Vermittlungsprozess direkt beteiligte Beschäftigte einbezogen werden.

Damit findet real eine Verschlechterung bei der Betreuung der Leistungsempfänger und Empfängerinnen statt. Der erhöhte Betreuungsbedarf bestimmter Personengruppen findet überhaupt keine Berücksichtigung (z.B. U 25).

Mit diesem gesetzlich definierten Betreuungsschlüssel kann die Beratungs- und Betreuungsaufgabe nicht umgesetzt werden und bedeutet eine „Verlängerung des gegenwärtigen Elends“ und ist unzumutbar für Betroffene wie Beschäftigte.

Die in den ZAG zu bildenden Beiräte sollen weiterhin nur beratende Funktion haben, anstatt echte Entscheidungsmöglichkeiten für die lokale Arbeitsmarktpolitik.

Nicht nur die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger erfahren durch das neue Gesetz weitere Verschlechterungen in der Betreuung und Beratung, auch die Beschäftigten selbst sind vielen Unwägbarkeiten ausgesetzt.

Die Personalsituation erfährt in den ZAG eine weitere interne Verschärfung durch die Zersplitterung in drei Beschäftigtengruppen. So bleiben die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit und der kommunalen Träger von ihren Grundarbeitsverhältnissen Beschäftigte beim bisherigen Arbeitgeber, aber neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden direkt vom dem ZAG eingestellt. Darüber hinaus befinden sich die neuen Beschäftigten in einem tariflosen Zustand.

Aus dem bisherigen Gesetzentwurf wird auch erkennbar, dass Kommunen und Landkreise benachteiligt werden.

Der bisherige Gesetzestext degradiert die Kommunen in die Rolle eines bloßen Finanziers und lässt keine Möglichkeit der eigenen Gestaltungsmöglichkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, der regionalen Einflussnahme und dezentrale Handlungsmöglichkeiten.

Der Arbeitslosenverbandes Deutschland Bundesverband e.V. lehnt stellvertretend für die SGB-II-Betroffenen den Gesetzentwurf ab, da er insbesondere für die Ratsuchenden keinerlei Verbesserung zur Beratung, Betreuung und Vermittlung erkennen lässt.

Beschlossen auf der Vorstandssitzung am 13. März 2009